

BVP-Kommandeur wurde Li Lianxiu, über dessen Biographie keine Angaben vorliegen. Der Minister für Öffentliche Sicherheit, Liu Fuzhi, und Li Zhenjun wurden als 1. Politkommissar bzw. als Politkommissar der Bewaffneten Volkspolizei in ihren Ämtern bestätigt. (Radio Beijing, 27.10.84, nach SWB, 2.11.84) -sch-

*(16)

50. Jahrestag der Zunyi-Konferenz: Kampf gegen "linke" Fehler und für eine sozialistische Revolution chinesischer Prägung

Die Kommunistische Partei Chinas beging am 17. Januar 1985 den 50. Jahrestag der Konferenz von Zunyi (Provinz Guizhou), die während des sogenannten "Langen Marsches" vom 15. bis 17. Januar 1935 stattgefunden hatte. Auf der Zunyi-Konferenz war ein parteioffiziell als "links" eingestuftes Kurs korrigiert und die Führung Mao Zedongs über die KP Chinas und die Rote Armee etabliert worden.

In seiner Rede auf der zentralen Gedenkfeier in Beijing bezeichnete der Generalsekretär der ZK-Militärkommission, Politbüromitglied Yang Shangkun, die Zunyi-Konferenz als "zweiten großen Wendepunkt in der Geschichte unserer Partei". Der erste Wendepunkt sei die Errichtung einer ländlichen revolutionären Basis im Jinggang-Gebirge gewesen, nachdem die Revolution mit der Arbeiterschaft in den Städten 1927 gescheitert war. Den dritten Wendepunkt stelle, so Yang Shangkun, schließlich die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 dar, auf der die antimaoistische Koalition unter der Führung von Deng Xiaoping den ersten entscheidenden Sieg über die maoistische Restfraktion errang und dem Wirtschaftsaufbau im Parteiprogramm absolute Priorität einräumen konnte. (RMRB, 18.1.85)

In das gleiche Horn stieß der Leitartikel der "Volkszeitung" vom 15. Januar, in dem die 3. Plenartagung vom Dezember 1978 als "die Zunyi-Konferenz der sozialistischen Periode" bezeichnet wurde: Während die Zunyi-Konferenz die "linke" Linie Wang Mings gründlich beseitigt habe, sei auf der 3. Plenartagung des XI. ZK eine umfassende Abkehr vom "linken" Kurs der Kulturrevolution vollzogen worden.

In den Ergebnissen der Zunyi-Konferenz ortete Yang Shangkun in seiner Rede noch einen weiteren Anknüpfungspunkt für die heutige politisch-ideologische Auseinandersetzung: Die Zunyi-Konferenz habe nämlich in der Partei zu der Erkenntnis geführt, daß die chinesischen Revolutionäre von der eigenen konkreten Situation ausge-

hen und unter der Führung des Marxismus-Leninismus einen eigenen Weg einschlagen müssen. Diese "blutige" Lehre aus den "linken" Fehlern der Vergangenheit hat - Yang Shangkun zufolge - immerwährende Gültigkeit: "Wir müssen zu jeder Zeit strikt das Prinzip verfolgen, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der Praxis der Revolution und des Aufbaus in China zu verbinden, um einen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen und für die Verwirklichung der Vier Modernisierungen fleißig zu kämpfen." (RMRB, 18.1.85) -sch-

*(17)

Flugzeugunglück fordert 38 Tote

38 Todesopfer und drei Schwerverletzte forderte die Bruchlandung eines Flugzeugs der staatlichen Fluggesellschaft CAAC auf dem Flughafen von Jinan, der Provinzhauptstadt von Shandong, am 18. Januar 1985. An Bord der Maschine vom Typ Antonov-24 befanden sich 34 Passagiere und die siebenköpfige Crew. Unter den Todesopfern sind zwei US-Amerikaner, ein Brite und drei Hongkong-Chinesen. Vizepremier Li Peng forderte die CAAC auf, alles zu unternehmen, um eine Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhindern. Li sprach in diesem Zusammenhang von "subjektiven Faktoren", die die Bruchlandung verursacht hätten und denen die CAAC Aufmerksamkeit schenken müsse. Die für das Unglück Verantwortlichen müßten zur Rechenschaft gezogen werden, forderte Li Peng. (RMRB, 20.1.85; XNA, 19., 24. u. 25.1.85)

Mangelnde Flugsicherheit, Unpünktlichkeit und schlechter Service sind der CAAC in der Vergangenheit bereits mehrfach von verschiedener Seite vorgeworfen worden. -sch-

KULTUR

*

*

*(18)

Reformprogramm der Akademie der Wissenschaften

Auf einer Arbeitskonferenz der Akademie der Wissenschaften, die vom 6.-13.1.1985 in Beijing stattfand, wurde ein umfangreiches Reformprogramm erörtert. Laut Fang Yi, der auf der Abschlusssitzung sprach, stellt die Reform der Wissenschaftsverwaltung in diesem Jahr eine der Hauptaufgaben des Staates dar, und hierbei nehme die Reform des Wissenschaftsbetriebes an der Akademie der Wissenschaften eine Vorreiterfunktion ein.

Priorität hat die Reform des Verwaltungssystems der Akademie, und

hier vor allem die Reform der finanziellen Zuwendungen. Künftig sollen nicht mehr alle Institute gleichermaßen vom Staat finanziert werden, sondern die Finanzquellen sollen diversifiziert werden. Wie der Vizepräsident der Akademie, Yan Dongsheng, erläuterte, soll die wissenschaftliche Forschung auf zweierlei Weise finanziert werden: einmal durch staatliche Zuwendungen, zum anderen über das Vertragssystem. Staatliche Zuwendungen würde es künftig nur für die besten, notwendigen und wichtigen Projekte geben, die für den wirtschaftlichen Aufbau von Bedeutung sind, außerdem für die Grundlagenforschung. So würde die Forschung durch Wettbewerb belebt (RMRB, 7.1.85).

Die Finanzierung über das Vertragssystem beinhaltet, daß sich die Forschung aus der Wirtschaft finanziert. Fang Yi sagte, es gehe nicht länger an, daß der Staat die gesamte Forschung finanziere und die Verbraucher die Forschungsergebnisse umsonst bekämen. Er rief dazu auf, die Forschungsergebnisse der angewandten Forschung und der Technik zu vermarkten und an die Verbraucher zu verkaufen. Zu diesem Zwecke sollten die Institute enger mit den örtlichen Stellen, mit Betrieben und Hochschulen zusammenarbeiten und mehr Kompetenzen erhalten (GMRB, 14.1.85).

Einen Weg, wie Forschung und Produktion enger miteinander zu verbinden seien, wies Yan Dongsheng, als er den Beschluß der Akademie bekanntgab, nach dem es Akademieinstituten gestattet werden soll, Firmen zu betreiben, über die die Forschungsergebnisse nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten an die Wirtschaft verkauft werden sollen. Auf diese Weise sollen die Forschungsergebnisse schneller an die Verbraucher gelangen, und die Forschung könnte sich aus den Erträgen finanzieren. Allerdings sollte es sich bei diesen Firmen nicht um normale Betriebe handeln, vielmehr hätten sie ihre eigenen Charakteristika, und das Forschungsinstitut bleibe immer das Rückgrat (RMRB, 7.1.85). Hinsichtlich der Form führte Yan mehrere Möglichkeiten an: Entweder würde die Firma ganz beim Institut bleiben oder sie würde sich selbstständigen und ein unabhängiges Unternehmen werden oder die Firma würde sich so entwickeln, daß sie das Institut betreiben könne (RMRB, 7.1.85).

Ein weiterer Schwerpunkt der Reform liegt auf der Personalpolitik. Hier sollen vor allem Wissenschaftler mittleren und jüngeren Alters in die Forschungs- und Verwaltungspositionen aufrücken. Jün-

gere Wissenschaftler sollen besondere Förderung erhalten, indem z.B. "postdoktorale" Studien unterstützt werden, denn vielfach würden fähige jüngere Wissenschaftler nicht richtig eingesetzt (GMRB, 8.1.85).

Die Reformpläne sind nicht neu, haben sich aber in vieler Hinsicht konkretisiert. In ähnlicher Form wurden sie bereits im Januar 1984 auf einer Tagung des Wissenschaftsrates der Akademie der Wissenschaften vorgetragen (vgl. C.a. 1984/1, Ü 15). Dort wurden auch bereits Beispiele für die verschiedensten Formen der Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen genannt. Das zeigt, daß bei aller Schwerfälligkeit des Wissenschaftsapparates Bewegung in die Strukturen gekommen ist, daß viel experimentiert wird und daß die Reformen noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden. -st-

* (19)

Statusverbesserungen für Lehrer

Partei und Regierung haben beschlossen, die politische und gesellschaftliche Stellung der Lehrer sowie ihre materiellen Lebensumstände zu verbessern. Da die Lehrer in China sehr schlecht bezahlt werden und die meisten von ihnen in ärmlichen Verhältnissen leben, da außerdem ihr Ansehen in der Kulturrevolution stark gelitten hat, genießen Lehrer in China kein großes Ansehen. Deshalb bewerben sich auch nur sehr wenige Abiturienten für ein Lehrerstudium. Angesichts dieser Sachlage hatte Chen Yun bereits im September 1984 dazu aufgerufen, konkrete Maßnahmen zur Anhebung des Status der Lehrer zu ergreifen und den Lehrerberuf zu einem der attraktivsten Berufe zu machen. So beschlossen das ZK und der Staatsrat Ende 1984 als erste Maßnahme, vom 1. Januar 1985 an das Gehalt der Grund- und Mittelschullehrer anzuheben. Als Bemessungsgrundlage für die Lehrergehälter ist festgelegt worden, daß diese etwas höher liegen sollen als bei Leuten mit gleichem Ausbildungsgang, die in anderen Berufen arbeiten. Außerdem sollen die Grund- und Mittelschullehrer nach ihrem jeweiligen Dienstalter entlohnt werden (GMRB, 26.12.84).

Diese Regelung gilt nur für die Lehrer an staatlichen (gongban) Schulen, nicht jedoch für solche auf dem Lande, wo die Schulen von den Kollektiven betrieben werden (minban). Je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der ländlichen Gemeinden sind die Landschulen sehr unterschiedlich ausgestattet, und entsprechend variieren auch die Gehälter der Lehrer. Um den Lehrerberuf auch auf dem

Land attraktiv zu machen, hat der Staatsrat kürzlich beschlossen, allmählich den Unterschied zwischen "gongban"- und "minban"-Schulen, also zwischen vom Staat und von Kollektiven betriebenen Schulen, abzubauen. Da der wirtschaftliche Standard der einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ist, hat der Staatsrat zwar noch keine einheitliche Gehaltsregelung für Lehrer auf dem Lande getroffen, aber die Erziehungsbehörden auf Gemeindeebene (xiang) wurden angehalten, die Gehälter der Lehrer je nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gemeinden aufzubessern. Ärmere Gebiete können zu diesem Zweck einen Teil der staatlichen Zuschüsse zum Erziehungswesen verwenden (ebd.).

Außerdem wurde beschlossen, die Wohnverhältnisse der Lehrer und ihrer Familien zu verbessern. In Shanghai wurde bereits ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt, nach dessen Fertigstellung sich der Wohnraum der Lehrer und ihrer Familien pro Person von gegenwärtig 4,08 qm auf 5 qm erhöhen wird. Das Erziehungsministerium hat verfügt, daß für den Bau von Lehrerwohnungen hauptsächlich die Städte verantwortlich seien, doch könne der Staat Zuschüsse gewähren (ebd.).

Schließlich wurde auf der 9. Sitzung des Ständigen Komitees des VI. NVK im Januar 1985 eine weitere Maßnahme zur Hebung des politischen und gesellschaftlichen Ansehens der Lehrer beschlossen: Künftig soll in China der "Tag des Lehrers" gefeiert werden. Als Tag des Lehrers wurde der 10. September auserkoren, weil er am Beginn des neuen Schuljahres liegt. Der Tag soll mit Aktivitäten begangen werden, die dazu geeignet sind, die Lehrer zu ehren und die Aufmerksamkeit auf hervorragende Lehrer zu lenken (RMRB und GMRB, 17.1.85). -st-

* (20)

Ausgaben für Erziehung sollen steigen

In seinem Bericht vor der 9. Sitzung des Ständigen Komitees des VI. NVK hat Erziehungsminister He Dongchang eine Erhöhung des Erziehungsbudgets versprochen. Damit trug er der Bedeutung des Erziehungswesens für die Modernisierungspolitik Rechnung. In seinem Bericht faßte He die Erziehungsarbeit in drei Punkten zusammen:

1. Seit dem Dritten Plenum des XI. ZK habe man auf dem Bildungsbereich beachtliche Erfolge erzielt. Das Erziehungswesen sei einer der Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung und genieße überall starke Beachtung. Der allgemeine Grundschulbesuch

sei weitgehend realisiert, da bereits 95% aller Kinder im Schulalter die Grundschule besuchten und sich der Grundschulbesuch auch stabilisiert habe. Auch bei der Reform der Mittelschulstruktur seien Erfolge zu nennen: So sei der Anteil der beruflichen Erziehung auf der Oberstufe der Mittelschulen von 15% im Jahre 1980 auf 34% im Jahre 1984 angestiegen. Auch der Hochschulbereich sei stark ausgebaut worden, insbesondere die Zahl der Postgraduierten habe sich rasch erweitert.

2. Trotz dieser Erfolge könne das Erziehungswesen bei weitem noch nicht den Bedarf der Vier Modernisierungen erfüllen. Großer Bedarf bestünde nicht nur an qualifizierten Fachleuten, sondern auch an Technikern und gelernten Arbeitern und Bauern mit guter Allgemeinbildung. He Dongchang betonte, daß die für das Erziehungswesen bereitgestellten Mittel immer noch zu gering seien. Obwohl das Budget in den vergangenen Jahren ständig erhöht worden sei, könnten noch längst nicht alle Erziehungsaufgaben bewältigt werden. Aus diesem Grund müßten den Erziehungsbehörden neue Finanzquellen erschlossen werden; auch würde der Staat seine Zuschüsse erhöhen.

3. Es bestünden immer noch schwerwiegende Mängel und Probleme im Erziehungswesen. Hier nannte Minister He vor allem das Problem der Behandlung der Lehrer. Gehaltserhöhungen, Bau von Wohnungen für Lehrer und Aktivitäten zur Hebung der sozialen Stellung der Lehrer seien vonnöten, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen (RMRB, 16.1.85).

Auf der Sitzung wurde deutlich, welche hohe Priorität dem Erziehungswesen von der Regierung eingeräumt wird. -st-

* (21)

Neue Finanzquellen für ländliches Erziehungswesen

Der Staatsrat hat kürzlich ein Zirkular herausgegeben, das den örtlichen Behörden erlaubt, eine Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen zu erheben.

Im einzelnen enthält das Zirkular folgende Bestimmungen:

- Es sollen mehr Finanzquellen für das ländliche Schulwesen eröffnet werden. Zusätzlich zu den vom Staat zur Verfügung gestellten Mitteln für das Erziehungswesen können die Gemeinden (xiang) eine Ergänzungsabgabe erheben und gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen auffordern, im Erziehungswesen zu investieren. Derartige Mittel dürfen nur im Erzie-

Erziehungswesen Verwendung finden.

- Die staatlichen Zuschüsse zum Erziehungswesen werden den Gemeinden vom Kreis ohne Abzüge und ohne Verzögerung weitergeleitet. Die jährlichen Zuwächse der vom Staat oder von den örtlichen Regierungen zur Verfügung gestellten Mittel für das Erziehungswesen sollen schwerpunktmäßig für die Lehrerausbildung und zur Unterstützung armer Gebiete verwendet werden. Wohlhabende Gemeinden entscheiden selbst über die Zuwächse bei den Erziehungsausgaben.

- Die Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen wird von den Gemeinden erhoben, und zwar von allen landwirtschaftlichen Betrieben und Betrieben der Gemeindestädte. Sie kann anhand des Einkommens oder sonstiger Mittel erhoben werden, nicht jedoch pro Kopf oder aufgrund des zugeteilten Landes. Diese Steuer ist nur von den Gemeinden zu erheben und darf auch nur von diesen verwendet werden.

- Unter der Voraussetzung, daß kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand getrieben wird, können die Gemeinden ein Verwaltungskomitee einrichten, das für die Verwaltung und Verwendung der Mittel verantwortlich ist. Dieser Rat muß dem Gemeinde-Volkskongreß jährlich Rechenschaft ablegen und hat die Führung und Aufsicht der Erziehungs- und Finanzbehörden des Kreises zu akzeptieren.

- Die Gehälter der Grund- und Mittelschullehrer sollen schrittweise angehoben und denen der Lehrer an staatlichen Schulen angeglichen werden (GMRB, 18.12.84).

Eine Erhöhung der Mittel für das Erziehungswesen ist dringend erforderlich, insbesondere auf dem Lande. Da inzwischen der Lebensstandard auf dem Lande vielerorts angestiegen ist und die ländliche Bevölkerung teilweise gut verdient, ist die Erhebung einer Ergänzungsabgabe für das örtliche Schulsystem ein sinnvoller Weg, um das ländliche Erziehungswesen zu fördern. Allerdings werden von der Zusatzsteuer auch wiederum nur die wohlhabenden Gemeinden profitieren, während in den ärmeren Gegenden die Steuererträge zu gering ausfallen werden, als daß dort die Schulsituation wesentlich gebessert werden könnte. Hier würden letztlich nur staatliche Zuschüsse helfen. -st-

* (22)

Neue Regelungen für selbstzahlende Auslandsstudenten

Der Staatsrat hat kürzlich neue Bestimmungen für selbstzahlende Auslandsstudenten erlassen. In ihnen wird festgelegt, daß jede Ein-

zelperson, die auf reguläre Weise vom Ausland Unterstützung oder ein Stipendium erhalten hat und die entsprechenden Zeugnisse vorweisen kann, sich um die Erlaubnis bewerben kann, als Selbstzahler im Ausland zu studieren, und zwar sowohl als Student oder Postgraduierter als auch zu einem Fortbildungs- oder Ergänzungsstudium. Jeder kann sich unabhängig von Studiengang, Alter und Dienstjahren bewerben. Selbstzahlende Studenten ins Ausland zu lassen, wird als ein Weg bezeichnet, Fachkräfte heranzubilden und die Politik der Öffnung nach außen zu verwirklichen.

Die Bestimmungen sehen vor, daß sich reguläre Studenten, Fachhochschulstudenten und Forschungsstudenten (Postgraduierte) bei ihrer jeweiligen Hochschule oder Universität bewerben. Ihr Studienplatz wird ihnen ein Jahr reserviert. Handelt es sich um Examenkandidaten und unterliegen sie der Stellenzuweisung durch den Staat, sollen die Bewerber zuerst die ihnen zugewiesene Stellung antreten und dann bei ihrer Arbeitseinheit die Erlaubnis einholen, als Selbstzahler im Ausland zu studieren. Leute, die bereits berufstätig sind und im Ausland studieren wollen, können im allgemeinen ihre Stellung ohne Gehalt behalten und auf Wunsch bei ihrer Rückkehr ihre Stellung wiederbekommen. Wenn sie innerhalb von fünf Jahren zurückkommen, braucht ihnen nichts von ihren Dienstjahren abgezogen zu werden. Bleiben sie länger als fünf Jahre im Ausland, dann werden die Auslandsjahre von den Dienstjahren abgezogen.

Die Überprüfung obliegt den Sicherheitsbehörden, wobei die betreffende Hochschule oder Arbeitseinheit um ihre Meinung gefragt wird.

Alle Kosten, die mit dem Auslandsstudium verbunden sind, einschließlich Gesundheitsfürsorge und Fahrtkosten, müssen selbst getragen werden. Wenn jemand im Ausland allerdings den Magister- oder Doktorgrad erwirbt und zurückkehrt, um in China zu arbeiten, dann kann der Staat die Rückreisekosten übernehmen.

Was die Frage der Verwendung und Behandlung der selbstzahlenden Auslandsstudenten nach ihrer Rückkehr angeht, so heißt es in den Bestimmungen, daß die Rückkehrer entsprechend ihrem Spezialgebiet und unter Beachtung ihrer eigenen Wünsche eine Stellung zugewiesen bekommen. Akademiker, die ein Zusatzstudium absolviert haben und in die Kategorie derer fallen, die überregional und überbehördlich eingesetzt werden, erhalten nach der Rückkehr vom Amt für wissen-

schaftlich-technische Kader der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik eine Stelle vermittelt. Selbstzahlende Postgraduierte, Studenten und Fachhochschulstudenten, die im Ausland Examen gemacht haben, können verlangen, vom Staat eine Stelle zugewiesen zu bekommen. In diesem Fall können sie sich vorher mit den diplomatischen Vertretungen Chinas im Ausland in Verbindung setzen, die dann entsprechend Mitteilung nach Hause machen. Nach ihrer Rückkehr wird diesen Studenten dann genauso wie Regierungsstipendiaten eine Stelle zugewiesen. Gehälter und Berufsbezeichnungen werden bei ihnen ebenso wie bei entsprechenden Regierungsstipendiaten geregelt.

Selbstzahlende Auslandsstudenten können während ihrer Auslandsstudienzeit beliebig oft und frei zwecks Verwandtenbesuch, Ferien oder Feldstudien nach China zurückkommen, sofern sie die Kosten selbst tragen.

Ähnliche Regelungen gelten auch für Fachleute aus Lehre, Forschung und Produktion (Assistenten, Dozenten, Ingenieure, verantwortliche Ärzte und höheres Personal, aber auch hervorragende Künstler, Sportler, Verwaltungsleute und Leute mit sonstigen Spezialkenntnissen). Auch sie brauchen für ein Selbstzahlerstudium im Ausland die Genehmigung von ihrer Einheit und müssen je nach Zuständigkeit bei den Ministerien oder den Behörden auf Provinzebene die Erlaubnis einholen. Bei diesen Leuten wird nach Art der "selbstzahlenden offiziell entsandten Auslandsstudenten" (zifei gongpai) verfahren, d.h., sie fallen unter die Kategorie der selbstzahlenden Auslandsstudenten, aber die Formalitäten werden wie bei Regierungsstipendiaten geregelt.

Den Status als "selbstzahlende offiziell entsandte Auslandsstudenten" können auch Graduierte und Postgraduierte erlangen, d.h., sie können auf eigenen Wunsch entweder als "selbstzahlende Auslandsstudenten" oder als "selbstzahlende offiziell entsandte Auslandsstudenten" behandelt werden. Fachleute, die in China bereits berufstätig waren und sich zu Studienzwecken auf eigene Kosten im Ausland aufhalten, können über ihre jeweilige diplomatische Vertretung in den Status eines "selbstzahlenden offiziell entsandten Auslandsstudenten" überwechseln.

Fachleuten, die diesen Status haben und im Ausland ein Fortbildungsstudium absolvieren wollen, wird - sofern sie mindestens zwei Jahre im Dienst waren - für die genehmigten Auslandsjahre das Ge-

halt von ihrer ursprünglichen Einheit weitergezahlt, und bezüglich der Anrechnung der Dienstjahre wird wie bei den Selbstzahlern verfahren, die zwecks Fortbildung im Ausland studieren.

Postgraduierte mit dem Status des "selbstzahlenden offiziell entsandten Auslandsstudenten", einschließlich solcher Fachleute, die zur Fortbildung im Ausland studieren und in den Status eines Postgraduierten überwechseln, werden bezüglich Stipendium oder Gehalt wie die Postgraduierten unter den Regierungsstipendiaten behandelt.

Schließlich wird in den Bestimmungen noch ausgeführt, daß Selbstzahler, die an ausländischen Universitäten oder Hochschulen studieren und kein Examen machen, nach ihrer Rückkehr von den Arbeits- und Personalämtern der Provinz, wo sie sich vor ihrer Ausreise befanden, entsprechend ihren Fähigkeiten und dem jeweiligen Bedarf eingesetzt werden und genauso wie gleiche Kräfte im Inland bezahlt werden. Diese Bestimmungen sind seit dem 26.12.1984 in Kraft und lösen die alten Bestimmungen für selbstzahlende Auslandsstudenten ab (RMRB, 12.1.85).

Im Vergleich zu den alten Bestimmungen, die vom Juli 1982 stammen (vgl. C.a. 1982/8), gehen die neuen Regelungen viel weiter, und außerdem sind in ihnen eine Reihe von Beschränkungen aufgehoben. Zunächst ist die altersmäßige Begrenzung weggefallen. Auch die Einschränkung, daß im Studium befindliche Studenten und Postgraduierte nicht ins Ausland gehen konnten und daß sie nach dem Examen erst zwei Jahre tätig sein mußten, bevor sie im Ausland studieren konnten, ist entfallen.

Das Neue an den Bestimmungen ist, daß selbstzahlende Auslandsstudenten jetzt den Regierungsstipendiaten hinsichtlich der Stellenzuweisung gleichgestellt sind. Bisher bekamen selbstzahlende zurückgekehrte Studenten vom Staat keine Stelle zugewiesen, wodurch sie gegenüber Regierungsstipendiaten benachteiligt waren. Jetzt haben sie ein Anrecht darauf, nach ihrer Rückkehr von den staatlichen Stellen eine Arbeit vermittelt zu bekommen.

Die Gleichbehandlung mit Regierungsstipendiaten wird vor allem durch die Einführung der Kategorie "zifei gongpai", also "selbstzahlende offiziell entsandte", dokumentiert. Wer diesen Status hat, erhält eine Reihe von Vergünstigungen, die insbesondere für berufstätige Akademiker, die sich im Ausland fortbilden wollen, von Vorteil sind. Unter der Vorausset-

zung, daß sie mindestens zwei Jahre im Amt gewesen sind, wird ihnen während ihres Auslandsstudiums das Gehalt weitergezahlt, und die genehmigten Auslandsstudienjahre werden auf die Dienstjahre angerechnet. Auch selbstzahlende Akademiker, die nicht "offiziell entsandt" sind, bekommen bis zu fünf Jahre ihres Auslandsstudiums auf ihre Dienstjahre angerechnet. Wenn man den offiziellen Status hat, sichert man sich damit offensichtliche Vorteile, ist aber an die für das Auslandsstudium genehmigte Frist gebunden. Selbstzahler ohne diesen offiziellen Status kommen zwar nicht in die Vergünstigung, daß ihnen das Gehalt weitergezahlt wird, dafür sind sie aber bezüglich der Fristen für ihren Auslandsaufenthalt flexibler.

Die neuen Bestimmungen lassen deutlich erkennen, daß die chinesische Regierung mit allen Mitteln versucht, gut ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen. Die älteren Vorschriften waren hinsichtlich des Auslandsstudiums noch relativ restriktiv gehalten, während in den neuen Regeln nahezu alle Restriktionen aufgehoben sind. -st-

* (23)

Mehr Studienplätze für 1985

Im Jahre 1985 werden in China 520.000 neue Studenten zu den Universitäten und Hochschulen zugelassen. Im Jahre 1984 belief sich die Zahl der Neuzulassungen auf 475.000, das waren 15.000 mehr als geplant. Bis zum Jahre 1990 sollen 700.000 Studenten zugelassen werden. In China gibt es zur Zeit 902 Institutionen auf Hochschulebene; 40 weitere sind geplant. Zu den Neugründungen gehören die Universität Yantai, die Pädagogische Hochschule Shenzhen, die Universität Yuzhou und die Chinesische Volksuniversität für Öffentliche Sicherheit (XNA, 25.1.85). -st-

* (24)

Vierter nationaler Schriftstellerkongreß

Vom 29.12.84 bis zum 5.1.85 fand in Beijing der vierte Kongreß des Chinesischen Schriftstellerverbandes (Zhongguo zuojia xiehui) statt. Der Kongreß, der über 800 Schriftsteller und zahlreiche Vertreter aus Partei und Regierung zu seinen Teilnehmern zählte, war ganz und gar von dem Gedanken der schöpferischen Freiheit für die Schriftsteller und der Ausschaltung "linker Einflüsse" geprägt. Die Eröffnungsrede von Verbandspräsident Ba Jin mußte verlesen werden, weil Ba Jin krankheitshalber seine Teilnahme absagen mußte. Von seiten der Partei hielt Hu Qili, Mitglied des ZK-Sekretariats,

gleich am ersten Tag eine entscheidende Rede. Er betonte, daß das schriftstellerische Schaffen frei sein müsse und daß diese Freiheit der Schriftsteller von der Partei, der Regierung, den kulturellen Vereinigungen und der Gesellschaft garantiert werden müsse. Er sprach sich für eine entschiedene Bekämpfung "linker" Tendenzen aus, appellierte aber zugleich an die Schriftsteller, die Gesetze einzuhalten, sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt zu sein und dekadente bürgerliche Gedanken und feudalistische Überreste zu bekämpfen. Des weiteren verwies er auf die Rolle der Literaturkritik, die nach dem Grundsatz der Gleichheit und ohne Diskriminierung zu verfahren habe (RMRB, 30.12.84).

Das zur Zeit entspannte Verhältnis zwischen Partei und Schriftstellern wurde durch Hu Qilis Eingangsworte dokumentiert: "Unsere Schriftstellertruppen sind gute Truppen und vollkommen zuverlässig! Die Partei und das Volk danken Euch!"

Der Vizepräsident des Schriftstellerverbandes, Zhang Guangnian, machte in seinem langen Rechenschaftsbericht (Auszüge abgedruckt in GMRB, 5.1.85) deutlich, daß die Schriftsteller bei aller Liberalität trotzdem fest in die gegenwärtige Politik eingebunden sein sollen. Er erinnerte an die erzieherische Funktion der Literatur und rief die Schriftsteller dazu auf, mitzuhelfen, die Menschen von altem Gedankengut zu befreien, das für die Wirtschaftsreform und den sozialen Fortschritt hinderlich sei. Die Schriftsteller sollten tief "ins Leben eindringen", dem Volk und dem Sozialismus dienen und weiter für die Schaffung einer sozialistischen Literatur mit chinesischen Charakteristika kämpfen.

Auf dem Kongreß wurde eine neue Satzung verabschiedet und ein neuer Vorstand gewählt. Die Satzung enthält Artikel über Demokratie und Freiheit bezüglich des literarischen Schaffens, über die freie Meinungsäußerung in Kritik und Gegenkritik sowie über die Befreiung des Denkens. Sie schreibt fest, daß der Schriftstellerverband die demokratischen Rechte und die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu schützen habe, daß an der Richtung der "Hundert Blumen" festgehalten werden soll und daß Literatur dem Volk und dem Sozialismus zu dienen habe. Erstmals enthält die Satzung auch einen Passus über die Literatur der nationalen Minderheiten, deren Traditionen und Besonderheiten respektiert werden (XNA, 5.1.85).

In den Vorstand wurden insgesamt

236 Schriftsteller gewählt. Damit wurde der Vorstand gegenüber dem letzten um über hundert erweitert, hauptsächlich um jüngere Schriftsteller. Drei Plätze wurden für Schriftsteller aus Taiwan, Hong Kong und Macao reserviert. Daß der Vorstand stark verjüngt worden ist, zeigt sich daran, daß 40% der Mitglieder unter 55 Jahre alt sind. Frauen machen 10% und Nationalitäten 11% aus (XNA, 8.1.85). Eine vollständige Liste der Vorstandsmitglieder druckte die Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom 6.1.85 ab. Bemerkenswert ist, daß der Schriftsteller Bai Hua wieder in den Vorstand gewählt worden ist. Er war 1981 aus ideologischen Gründen wegen seines Filmskripts "Bittere Liebe" kritisiert worden (vgl. C.a. 1981/6). Von Wang Meng, einem der neuen Vizepräsidenten des Verbandes, wurde die Wahl als Zeichen dafür gewertet, daß es sich seinerzeit um eine kameradschaftliche Kritik gehandelt habe, die sich nur auf dieses Werk bezogen habe (Xinhua, chin., 9.1.85, nach SWB, 15.1.85).

Auf der ersten Sitzung des Vierten Vorstandes am 6. Januar 1985 wurden die neuen Führungsgremien gewählt, nämlich der Präsident nebst Vizepräsidenten, Präsidium, Sekretariat und Beratergremium (RMRB, 8.1.85).

Zum Präsidenten wurde wieder Ba Jin gewählt, heute 80 Jahre alt, der dieses Amt seit dem Tode Mao Duns im Jahre 1981 innehat. Unter den elf Stellvertretern sind drei neue Gesichter: Wang Meng (51 Jahre), der als einziger Kandidat des ZK ist, ferner Lu Wenfu (56 Jahre) und Liu Binyan (59 Jahre). Wiedergewählt wurden Ding Ling, Feng Zhi, Feng Mu, Ai Qing, Sha Ting, Zhang Guangnian, Chen Huangmei und Tiejipujang (Tijipjan).

In das zwanzigköpfige Präsidium (zhuxituan weiyuan) wurden folgenden Personen gewählt: Ma Feng, Wei Junyi, Deng Youmei, Ye Junjian, Liu Baiyu, Zhu Ziqi, Yan Wenjing, Malaqinfu (Malqinhu), Li Zhun, Qin Zhaoyang, Li Ying, Shao Yanxiang, Yang Mo, Zhang Xianliang, Chen Canyon, Ru Zhijuan, Tang Dacheng, Yuan Ying, Xu Huaizhong und Jiang Zilong.

Zum Sekretariat gehören neun Leute: Tang Dacheng, Bao Chang, Ge Luo, Shu Peide, Yang Zimin, Deng Youmei, Shao Hua, Zhang Qie, und Wureertu (Wuriertu).

Das Beratergremium zählt 29 Personen, darunter viele altbekannte Namen wie Ye Shengtao, Yang Hansheng, Shen Congwen, Hu Feng, Yao Xueyin, Xie Bingxin, Li Mohan und Zhou Yang (GMRB, 8.1.85). Viele von ihnen haben sich offenbar aus

Altersgründen aus der aktiven Verbandsarbeit zurückgezogen und haben jüngeren Kollegen Platz gemacht.

Mit seinem Optimismus hinsichtlich der gegenwärtigen Lage der Schriftsteller und der Aussichten für die Zukunft und einer gewissen Aufbruchstimmung, die in allen Reden zum Ausdruck kam, wird dieser Kongreß als einer der relativ liberalen in die Verbandsgeschichte eingehen. Wenn auch die Abhängigkeit der Schriftsteller von der offiziellen Politik deutlich wurde und wenn auch die Schriftsteller an ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft erinnert wurden, so waren doch jeglicher Dogmatismus und engstirnige ideologische Gängelung fern. Selbst von offizieller Seite wurde die künstlerische Freiheit des Schriftstellers anerkannt. Auch der Kampf gegen die bürgerlichen Liberalisierungstendenzen und die geistige Verschmutzung spielte nur insoweit eine Rolle, als er als Beispiel dafür gewertet wurde, wie vernünftig und ohne Diskriminierung man heute mit derartigen Problemen fertig wird. Tatsächlich scheint die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Schriftstellerverbandes mit den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden zu sein und die gegenwärtige Reformpolitik zu unterstützen. -st-

*(25)

Archäologische Funde

4000 Jahre alte Burg in Shandong ausgegraben: Archäologen der Provinz Shandong haben am Unterlauf des Huang He in dem Dorf Bianxianwang im Kreis Shouguang die Überreste einer 4000 Jahre alten Burg ausgegraben. Bisher haben die Archäologen die Südost- und die Nordostecke der alten Burgmauer freigelegt und eine große Menge von Scherben und Skeletten zutage gefördert.

Die Ecken der Mauer waren rund, und die Westmauer war 225 und die Ostmauer 175 Meter lang. Die Burg nahm eine Fläche von 44.000 qm ein. Nach Aussagen der Fachleute ist die Anlage der Longshan-Kultur zuzurechnen; es soll sich um die größte Fundstätte dieser Kultur überhaupt handeln. Bisher hatte man nur in der Provinz Henan zwei kleinere Burganlagen aus der Longshan-Kultur entdeckt, eine in Wangchenggang im Kreis Dengfeng, die andere in Pingliangtai im Kreis Huaiyang. Die jüngste Fundstätte ist von großer historischer Bedeutung für die Erforschung der frühen chinesischen Kultur und des Entstehens des chinesischen Staates (RMRB, 3.1.85; XNA, 4.1.85).

Funde alter Texte auf Bambusstreifen:

Im Gansu-Korridor in Nordwestchina wurden jüngst über 23.000 Bambusstreifen mit Schriften aus der Han-Dynastie (206 v.-220 n.Chr.) entdeckt. Die Bambusstreifen waren mit Aufzeichnungen über politische, wirtschaftliche, militärische und gesellschaftliche Ereignisse aus der Zeit von 99 v.Chr. bis 111 n.Chr. beschriftet. Die Archäologen bezeichnen die Fundstücke als wertvolle Chronologie der Han-Dynastie. Im Jahre 1930 wurden in dieser Gegend über 10.000 Bambusstreifen gefunden, bis dahin der wichtigste Fund dieser Art (XNA, 7.1.85).

Auch in der Provinz Hubei wurden zwischen 1983 und Ende 1984 über 1000 beschriftete Bambusstreifen gefunden, und zwar in einem hanzeitlichen Grab im Kreis Jiangling. Die Bambusstreifen datieren aus der Westlichen Han-Zeit (206 v.-23 n.Chr.) und beinhalten Gesetze, Aufzeichnungen über militärische Ereignisse, mathematische und medizinische Traktate u.a. aus der Zeit von Kaiser Gaozu bis Wendi (206 - 164 v. Chr.) (RMRB, 17.1.85). -st-

*(26)

Reform des städtischen Gesundheitswesens

Auf einer im Januar in Beijing veranstalteten Konferenz aller Leiter der staatlichen Gesundheitsämter kündigte Gesundheitsminister Cui Yueli eine umfangreiche Reform des gesamten städtischen Gesundheitswesens an (RMRB, 24.1.85). Die Reform ist im Rahmen der Reformen des städtischen Wirtschaftssystems zu sehen und soll in den nächsten drei bis fünf Jahren abgeschlossen sein. Betroffen sind alle Gesundheitsorganisationen vom Kreis an aufwärts. Mit dem Ziel, dem Volk besser zu dienen und die Kranken besser zu versorgen, soll die Eigenverantwortlichkeit der Einheiten im Gesundheitswesen eingeführt werden, also die Verantwortlichkeit der jeweiligen Leiter für Personaleinstellung, Mittelverwaltung usw. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist die größere Wirtschaftlichkeit. Künftig soll mehr auf wirtschaftliche Erträge geachtet werden und jegliche Verschwendung vermieden werden. Für das Gesundheitswesen soll nicht mehr allein der Staat zuständig sein, sondern der Gesundheitsfürsorge sollen viele Wege geöffnet werden. Außer dem Staat und den lokalen Verwaltungseinheiten sollen sich die Kollektive ebenso wie Einzelpersonen in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung engagieren. Nicht zuletzt soll auch die Einsatzbereitschaft des medizinischen Personals gesteigert werden. -st-

*(27)

Hochschule für buddhistische Nonnen

Am 15. Januar 1985 wurde in Chengdu die Hochschule von Sichuan für buddhistische Nonnen eröffnet. Bisher hat es keine derartige Hochschule für Nonnen in China gegeben. Sie ist im Tiexiang Si (Kloster der Eisenstatue) untergebracht. Ehrenpräsident ist Zhao Puchu, der Präsident der Chinesischen Buddhistischen Gesellschaft Chinas. Die ersten 39 Studentinnen wurden aus 120 Kandidatinnen aus neun chinesischen Provinzen ausgewählt. Sie werden vier Jahre an der Hochschule bleiben und Buddhismus, Chinesisch, Geschichte und Fremdsprachen studieren (XNA, 16.1.85).

Bisher gibt es in China nur sehr wenige buddhistische Ausbildungsstätten, so u.a. in Beijing, Nanjing und Suzhou, wo Mönchsnachwuchs ausgebildet wird (vgl. C.a. 1982/8, Ü 15). -st-

*(28)

Zwei Sammelbände mit Werken von Zhou Enlai veröffentlicht

Anlässlich des 9. Todestages von Zhou Enlai am 8. Januar wurden zwei Sammelbände seiner Werke veröffentlicht:

- "Ausgewählte Werke von Zhou Enlai über die Einheitsfront" und
- "Ausgewählte Werke von Zhou Enlai über Erziehung" (RMRB, 8.1.85; siehe auch RMRB, 10.1.85)

Damit sind seit dem Tode von Zhou Enlai im Jahre 1976 insgesamt vier Sammelbände seiner Werke erschienen (vgl. C.a., Dezember 1984, Ü 33). -sch-

*(29)

Neuer Sammelband mit Deng-Werken erschienen

Unter dem Titel "Einen Sozialismus chinesischer Prägung aufbauen" erschien am Neujahrstag ein weiterer Sammelband mit Reden und Gesprächen von Deng Xiaoping (RMRB, 1.1.85). Der 72-seitige Band enthält 22 Reden und Gespräche im Zeitraum von September 1982 bis November 1984. 19 der 22 Werke wurden zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit im Wortlaut bekanntgemacht - der zentrale Inhalt der gesammelten Reden und Gespräche ist freilich in den Artikeln, Kommentaren und Leitartikeln des ZK-Organs "Volkszeitung" in den letzten zwei Jahren hinreichend bekanntgemacht worden.

Als erste regionale Parteiorganisation reagierte das Parteikomitee der Provinz Henan auf die Veröf-

fentlichung des neuen Deng-Sammelbands: Es erließ am 4. Januar ein Rundschreiben, in dem alle Parteimitglieder und Parteiorganisationen zum Studium der Deng-Werke aufgerufen wurden (Radio Henan, 7.1.85, nach SWB, 10.1.85). Das ZK-Theorieorgan "Rote Fahne" veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 16.1.84 einen Artikel des Präsidenten der Akademie der Sozialwissenschaften, Ma Hong, über den neuen Sammelband. Der erste Sammelband, die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping", war am 1. Juli 1983 erschienen. Er enthält auf 398 Seiten 47 Reden und Gespräche aus den Jahren von 1975 bis 1982. (Siehe C.a., Juli 1983, Ü 7) -sch-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(30)

Chinesischer Außenhandel erreichte 1984 Rekordhöhe

Nach den Angaben offizieller Kreise in Beijing stieg der chinesische Außenhandel i.J. 1984 im Vergleich zum Vorjahr um 22,7% und erreichte mit 49,97 Mrd. US\$ einen absoluten Rekord. Die Handelsbilanz war mit rd. 1 Mrd. US\$ defizitär. Die Einfuhren stiegen um 37,8% auf 25,53 Mrd. US\$, die Exporte nahmen um 10,1% auf 24,44 Mrd. US\$ zu.

Die Strukturen des chinesischen Handels haben sich 1984 nach den Angaben des Sprechers des Außenhandelsministeriums leicht verändert. So wurde eine erhebliche Zunahme der Exporte von Speiseöl, Lebensmitteln und Agrarerzeugnissen, Erdölprodukten und erstmals Baumwolle verzeichnet. Die Einfuhren ihrerseits nahmen bei Industrieausrüstungen, Spitzentechnologie, Kraftfahrzeugen, Stahl, Kunstdünger und Chemiefasern besonders stark zu. Dagegen gingen die Getreideimporte als Folge der sehr guten chinesischen Ernte 1984 zurück.

Wichtigste Handelspartner Chinas blieben auch 1984 Japan, Hongkong, die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft. Der Handelsaustausch mit Japan stieg um 36,3% auf 12,373 Mrd. US\$. Die Einfuhren betragen hier 7,055 Mrd. US\$, die Ausfuhren 5,318 Mrd. US\$. Der Handel mit Hongkong nahm um 27,2% auf 8,54 Mrd. US\$ mit Einfuhren von 3,18 Mrd. US\$ und Ausfuhren von 5,36 Mrd. US\$ zu. Der Handelsaustausch mit den Vereinigten Staaten stieg um 50,6% auf 6,065 Mrd. US\$. Die USA lieferten für 3,784 Mrd. US\$ und nahmen für 2,281 Mrd. US\$ chinesische Erzeugnisse ab. Der Handel mit der EG

sank um 8,44% auf 5,459 Mrd. US\$ bei Importen von 3,364 Mrd. US\$ und Exporten von 2,095 Mrd. US\$. Der Sprecher des Außenhandelsministeriums führte diese Entwicklung auf die noch nicht ganz überwundene Wirtschaftskrise in den EG-Ländern zurück. Er betonte andererseits, daß der Handel mit der UdSSR stark zugenommen und mit 1,168 Mrd. US\$ 73,3% über dem Ergebnis von 1983 gelegen habe.

Die ausländischen Investitionen in China nahmen im vergangenen Jahr um 34% auf 2,66 Mrd. US\$ zu. Die chinesische Regierung gestattete 1984 die Bildung von rd. 700 gemischten Unternehmen. Ferner wurden 26 Unternehmen mit rein ausländischem Kapital gegründet, womit jetzt 74 dieser Gesellschaften in China tätig sind. Verträge über den Einsatz chinesischer Arbeiter im Ausland und über industrielle Zusammenarbeit, insbesondere im Bausektor, brachten 1984 einen Umsatz von über 550 Mio. US\$. Das Vertragsvolumen lag damit um 22% höher als 1983. Verträge wurden hauptsächlich mit Irak, Iran, Algerien, Kuwait und Hongkong abgeschlossen. Gegenwärtig sind 47.000 chinesische Vertragsarbeiter im Ausland tätig. Ihre Löhne werden nach den Angaben des Sprechers des Außenhandelsministeriums von Beijing bezahlt. (Ostinformationen, 24.1.85) -lou-

*(31)

Weitere Offshore-Ölgebiete ausgeschrieben

Wie am 30. Januar 1985 in Beijing bekanntgegeben wurde, sind nun zwei weitere Offshore-Ölgebiete mit einer Gesamtfläche von 93.000 qkm zur Ausschreibung freigegeben worden. Eines dieser Gebiete umfaßt ca. 50.000 qkm und liegt im Mündungsgebiet des Zhu-Flusses, während das andere Gebiet mit einer Fläche von 43.000 qkm im südlichen Gelben Meer liegt. Das erste Gebiet ist in zwölf Blöcke unterteilt und das zweite in sechs Blöcke. Die meisten Flächen haben eine Wassertiefe von weniger als 200 m.

Wie ein Sprecher der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) mitteilte, wird die Volksrepublik die Beteiligungskosten für die ausländischen Partner drastisch senken. Die Vertragsunterzeichnungsgebühr wird nicht höher sein als in der ersten Runde der Ausschreibungen. Damals wurde 1 Mio. US\$ gefordert. Die CNOOC möchte auch gerne geophysikalische Explorationsdaten verkaufen. Interessierte Firmen können diese Daten bis zum 15. März 1985 anfordern. Die aus diesen Daten resultierenden Angebote können bis zum 1. Juli 1985 abgegeben werden,